



CDU Ratsfraktion Bielefeld – Postfach 100862 – 33508 Bielefeld

Herrn
Oberbürgermeister
Pit Clausen

Altes Rathaus

Bielefeld, 11.11.2024

Antrag zur Ratssitzung am 14.11.2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,
in der Ratssitzung am 14.11.2024 stellen wir folgenden Antrag: „Zielgerichtete Prävention“

Die Situation an der „Tüte“ und dem Kesselbrink hat sich in den letzten Monaten drastisch verschlechtert. Schmutz, Drogen und Kriminalität haben ein noch nie dagewesenes Ausmaß erreicht. Viele Bürgerinnen und Bürger meiden inzwischen diese Orte. Notwendig sind neben wirkungsvollen Repressionen auch präventive Maßnahmen, um die Zustände nachhaltig zu verbessern. Die präventiven Maßnahmen der Bielefelder Suchthilfe müssen daher weiterentwickelt und verbessert werden, damit Auffangstellen und Angebote effektiv sind, in die die Betroffenen hineingedrängt werden. Das Verhindern einer offenen Drogenszene muss das Ziel der städtischen Drogenpolitik sein. Notwendig ist daher ein feingegliedertes System aus Prävention, Therapie, Überlebenshilfe und Repression.

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird die einzelnen Angebote und Einrichtungen der Drogenhilfe in Bielefeld jährlich auf ihre Wirkungsweise, Zielgenauigkeit und Effizienz prüfen. Das Controlling dient als Grundlage, um Entwicklungen und Veränderungen schneller zu erkennen und die Hilfsangebote an die tatsächlichen Gegebenheiten anzupassen. Über die Ergebnisse werden die zuständigen kommunalen Gremien fortlaufend informiert.
2. Der Zugang zu den verschiedenen Angeboten und Einrichtungen der Drogenhilfe in Bielefeld soll künftig und mittelfristig nur denen vorbehalten sein, die ihren Wohnsitz auch in der Stadt haben. Die Städte und Gemeinden in der Umgebung müssen selbst Angebote vorhalten. Die Verantwortung kann nicht allein auf Bielefeld abgeschoben werden. In diesem Zusammenhang stimmt die

Verwaltung ihr weiteres Vorgehen mit allen an einer Zusammenarbeit interessierten Städten und Gemeinden aus der Region ab.

3. Die Verwaltung wird beauftragt, ein erweitertes Angebot an Tagesruhebetten im Bahnhofsumfeld zu schaffen. Hierdurch wird Drogenkranken bei Erschöpfung und Ermüdung ein Rückzugsort außerhalb des öffentlichen Raumes ermöglicht. Dadurch sollen die Schwerstabhängigen stabilisiert werden und Vertrauen aufgebaut werden.
4. Das Durchschnittsalter der suchterkrankten Menschen in Bielefeld steigt seit Jahren kontinuierlich an. Die Verwaltung erarbeitet ein Konzept, welches die mit dem Alter einhergehenden spezifischen Herausforderungen (beispielsweise Fragen der Pflege und Gesundheitsvorsorge) berücksichtigt und Lösungen aufzeigt. Das Konzept ist zur Beratung dem Fachausschuss bis Mitte 2025 vorzulegen.
5. Eine entscheidende Rolle bei der Suchthilfe kommt der aufsuchenden Straßensozialarbeit zu. Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob es möglich ist, in der Innenstadt gemeinsame Teams aus Straßensozialarbeit und Ordnungsamt zu bilden und welchen Personalaufwand dies auslöst. Ziel der Zusammenarbeit ist es, Drogenkranken unkomplizierte Hilfs- und Unterstützungsangebote aufzuzeigen und gleichzeitig für ein konsequentes Konfliktmanagement im öffentlichen Raum zu sorgen.
6. Es ist notwendig, die Arbeit von Polizei und Ordnungsamt als repressivem Teil noch besser mit den Präventionsmaßnahmen der verschiedenen Angebote und Einrichtungen der Drogenhilfe in Bielefeld zu verbinden. Die Verwaltung erarbeitet dazu ein entsprechendes Konzept, um die Einnahme von Drogen in die Einrichtungen zu verlagern und gleichzeitig den offenen Konsum von Drogen auf der Straße und in Grünanlagen einzudämmen.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Ralf Nettelstroth
Fraktionsvorsitzender

F. d. R.
Dr. Simon Lange
Fraktionsgeschäftsführer